

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BIG 828 00)

Verantwortlich i. V.
Martin B u c h h o l z

9. März 1968 - 20/11
Einzelpreis DM 0.75

POLIZEI: VIETNAM-KUNDGEBUNG AM 23. MÄRZ GENEHMIGT

Eine von der Kampagne für Demokratie und Abrüstung in Westberlin geplante Kundgebung gegen die in letzter Zeit verschärfte Kriegsführung der USA in Vietnam und den in Amerika diskutierten Einsatz von Atomwaffen ist jetzt von der Polizei genehmigt worden. Die Kundgebung soll am Sonnabend, 23. März, um 16 Uhr stattfinden. Weitere Einzelheiten stehen noch nicht fest.

NEUBAUER CONTRA "EXTRA-DIENST": MOCH AM MONTAG BEIM STAATSANWALT

Auf Anfrage erfahren wir kurz vor Redaktionsschluß, daß die Einstweilige Verfügung des Innensenators und Bürgermeisters Neubauer gegen Carl L. Guggomos, verantwortlicher Redakteur des "EXTRA-Dienstes" (zur Zeit verreist), am Freitagmittag vom Landgericht erlassen worden ist. Neubauer hatte diese Verfügung zusammen mit einer Strafanzeige gegen Guggomos und Unbekannt schon am Mittwoch angekündigt. Guggomos soll nach Auskunft des Landgericht-Sprechers die Weiterverbreitung der Behauptung untersagt sein, der "Antragsteller habe unmittelbar vor der Vietnam-Demonstration" gegenüber dem Polizeipräsidenten geäußert, es käme "auf ein paar Tote nicht an". Mit "einer Reihe eidesstattlicher Versicherungen" - so Neubauers Referent - soll diese in einem Brief an den Regierenden Bürgermeister zitierte Äußerung widerlegt werden. Auch Polizeipräsident Moch soll inzwischen eine eidesstattliche Versicherung abgegeben haben, Neubauer hätte ihm gegenüber keine derartige Äußerung getan. Der Informant des "EXTRA-Dienstes" - ein Bürger, dem man schwerlich Linksextremismus oder Unbesonnenheit wird vorwerfen können - ist aber bereit, zu beedigen, daß Moch empört im privaten Kreis wörtlich dieses Zitat wiederholte. Am Montag wird der Polizeipräsident, wie beim Innensenat zu erfahren ist, in der Strafsache bei der Generalstaatsanwaltschaft vernommen. Wie Guggomos bei seiner Abreise für den Fall einer Einstweiligen Verfügung erklärte, wird er sofort nach seiner Rückkehr in der nächsten Woche beim Landgericht Widerspruch erheben.

INSTITUT AM KU' DAMM: INTERNATIONALES AKTIONSZENTRUM GEGEN DIE NATO

Im Rahmen der vom Vietnam-Kongreß im Februar beschlossenen Aktion "Zerschlagt die Nato" ist jetzt ein Institut gegründet worden, das anti-imperialistische Aktionen theoretisch und praktisch koordinieren soll. Sitz des Instituts ist eine 180 Quadratmeter große Etage am Westberliner Kurfürstendamm Ecke Schlüterstraße, die für ein Jahr gemietet wurde. Zum Institut gehört eine Bibliothek, die einschlägige Literatur in vielen Sprachen zur Verfügung stellen will. Eine auf Lochkartensystem aufgebaute Dokumentation soll sich insbesondere mit den Themen "Mißbrauchte Wissenschaft" und den revolutionären Bewegungen in Europa befassen. Eine Personenkartei soll Auskunft über Herkunft und Vergangenheit von Wissenschaftlern, Publizisten und Politikern geben und insbesondere Zusammenarbeit mit Geheimdiensten und Firmen, die am Vietnam-Krieg verdienen, auf-

decken. Die Entlarvung von Personen, Kampagnen und Programmen soll auch Hauptaufgabe eines monatlich erscheinenden Institut-Bulletins sein. In verschiedenen Seminaren und Arbeitskreisen will man sich den speziellen Bedingungen in verschiedenen Ländern und Regionen widmen. Das Institut wird von einem Rat geleitet, dem unter anderen ein Franzose, ein Äthiopier, der Perser Bahman Nirumand, die "Konkret"-Kolumnistin Ulrike-Marie Meinhoff und die SDS-Mitglieder Semler, Horlemann und Gäng angehören. Einem Beirat, der mit theoretischer Hilfe das Institut unterstützen und Verbindungen zu Verlegern im Ausland knüpfen soll, werden voraussichtlich die Schriftsteller Enzensberger und Fried sowie der Komponist Henze angehören. Die erste konkrete organisatorische Aufgabe des Instituts ist die Einrichtung eines von Juni bis August laufenden Sommerlagers in Kuba, das den Namen Ernesto Che Guevara trägt. 5000 Europäer sollen dort gemeinsam mit jungen Kubanern, Latein- und Südamerikanern sowie Vietnamesen Neuland kultivieren. Die europäischen Teilnehmer werden in Charterflugzeugen nach Kuba gebracht. Kostenpunkt: Etwa 500 bis 700 Mark pro Teilnehmer.

JUNGSOZIALISTEN: AUFRUF ZUR SOLIDARITÄT MIT RISTOCK UND BECK

Auf einer Versammlung der Jungsozialisten Zehlendorf am Donnerstag wurde beschlossen, durch gemeinschaftliche Erklärungen, an der Vietnam-Demonstration vom 18. Februar teilgenommen zu haben oder diese Kundgebung ausdrücklich zu billigen, den Ausschluß aus der SPD zu provozieren. Gleichzeitig will man alle Rechtsmittel gegen einen etwaigen Ausschluß einsetzen, um gegen die "undemokratischen Gruppierungen in der SPD" vorzugehen. In eine "Ausschlußliste", die bei dem SPD-Mitglied Wolfgang Steiner (1 Berlin 38, Münchowstr. 5) liegt, sollen sich alle mit diesem Beschluß sympathisierenden Sozialdemokraten eintragen können.

LIBERALE STUDENTEN: BORM HAT SICH UNGLAUBWÜRDIG GEMACHT

Zum Austritt William Borms aus dem Republikanischen Club (siehe EXTRA-Dienst 19/II) gab der Landesverband Westberlin des Liberalen Studentenbundes Deutschlands (LSD) folgende Erklärung ab: Der Austritt des Landesvorsitzenden der Berliner FDP, William Borm, aus dem Republikanischen Club ist ein beispielhafter Fall für jene opportunistische Verhaltensweise für die die Liberalen von der jungen Generation berechtigterweise angegriffen werden. Was als politisches Kalkül ausgegeben wird, ist nur die Angst vor dem Druck der antidemokratischen Kräfte der heimlichen Großen Koalition in Berlin. William Borm hat sich durch diesen Schritt, den er zu Gefallen einer konservativen Minderheit in der Berliner FDP getan hat, als Liberaler für die fortschrittlichen Kräfte in der Bevölkerung, besonders bei der Jugend, und bei der eigenen Partei unglaubwürdig gemacht.

POLIZISTEN-SKANDAL: STRAFANZEIGE GEGEN STAATSANWALT

Der Westberliner Korrespondent der "Nürnberger Nachrichten", Heinz Krüger, erstattete beim Generalstaatsanwalt Strafanzeige gegen Unbekannt, wegen Begünstigung im Amt mit dem ausdrücklichen Hinweis, "daß nach meiner Auffassung der Täterkreis in Ihrer Behörde zu suchen ist". Krüger bezieht sich dabei auf die aufsehenerregende Einstellung von Verfahren gegen Prügel-Polizisten vom 2. Juni, die auf einem Foto klar erkennbar waren. EXTRA-Dienst hatte diesen Fall publik gemacht (Nr. 9/68). Der Justizsenator Hoppe mußte auf eine Anfrage seiner eigenen Fraktion, der FDP, zu dem "bedauerlichen Fehler" im Abgeordnetenhaus Stellung nehmen. Dem Journalisten Krüger erscheint es "unvorstellbar, daß es der Staatsanwaltschaft beziehungsweise dem Landeskriminalamt nicht möglich gewesen sein sollte, die Täter auf Grund des einwandfreien Fotos zu ermitteln". Im Falle des Sachbearbeiters der Staatsanwaltschaft "dürfte daher der Tatbestand der Begünstigung im Amte gegeben sein". Belastend kommt hinzu, "daß der Staatsanwaltschaft eine Reihe anderer Fotografien vorliegen, auf denen die als Täter in Betracht kommenden Polizeibeamten deutlich zu erkennen sind". Krüger meint: "Man stelle sich vor, daß in Berlin ein Mord geschieht, die Täter dabei in der Weise fotografiert werden, wie es bei den schlagenden Polizeibeamten der Fall ist, und dennoch

erklären Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft, daß die Täter nicht zu ermitteln wären". Unter dem Aktenzeichen 1 PJ 169/68 ist der Eingang dieser Anzeige inzwischen bestätigt worden.

CDU-STINGL: WÜRDIGE NACHFOLGER

Mit dem CDU-Bundestagsabgeordneten Josef Stingl, der als Präsident der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung nach Nürnberg geht, verliert die Berliner CDU einen ihrer radikalsten Wortführer. Stingl ist seit 1964 Vorsitzender des "Landesverbandes Oder-Neiße" der CDU/CSU. Seine Attacken in der Öffentlichkeit richteten sich mit Vorliebe gegen "Anarchistische Grüpplein" und ihr "wahnwitziges Treiben", gegen "lange Haare" und "pervertierten Sexkult". Stingl hatte am Tage der Neuköllner Truppenparade, bei der Anti-Demonstranten zum ersten Mal Berliner Selbstjustiz erlebten, die Behauptung aufgestellt, "daß die Berliner Öffentlichkeit bisher ein Maß an Toleranz bewiesen hat, das geradezu beängstigend ist".

Da Stingl mit seinem neuen Amt auch sein Bundestagsmandat niederlegen muß, hat die Partei mit Peter Lorenz und Günter Dach gleich für zwei würdige Nachfolgekandidaten gesorgt. Beide haben sich auf den politischen Stil ihres Parteifreundes Stingl schon gut eingestellt: Dach mit Attacken auf "unverantwortliche Elemente" und "Anarchistische Extremisten, die nur von der Zersetzung leben"; Lorenz mit denunziatorischen Hinweisen auf "Professoren, die nicht erst seit gestern an der Universität die Verdrossenheit über unseren Staat und unsere Demokratie planmäßig pflegen."

ANTI-STUDENTEN-KUNDGEBUNG: DOKUMENTATION ÜBER PRÜGEL-BERLINER

Im Laufe der nächsten Woche wird eine ausführliche, zwischen 20 und 30 Seiten starke Dokumentation der Liga für Menschenrechte über die Zwischenfälle während der Vietnam- und während der Gegendemonstration am 18. und 21. Februar erscheinen. Die Zeugnisaussagen sammelte der Publizist Manfred Rexin, der auch als Herausgeber verantwortlich ist. Dieser Liga-Report Nr. 1/68 mit dem Titel "Berliner Bekundungen" ist über Westberliner Buchhandlungen und über die Bücherstube im Republikanischen Club für eine Schutzgebühr von einer Mark zu beziehen.

US-CAMPAIGN: BILDER-AUKTION FÜR DIE FLN

Die US-Campaign veranstaltet eine Auktion mit Bildern und Plastiken Westberliner Künstler, deren Reinerlös an die Südvietnamesische Befreiungsfront gehen wird. Eine Ausstellung der Bilder wird vom 1. bis 6. April in der Ladengalerie, Bleibtreustrasse 20 stattfinden; die Auktion am 6. April, 15 Uhr, ebenfalls in der Ladengalerie. Die US-Campaign bittet Westberliner Maler, Grafiker und Bildhauer, Werke für die Auktion zu spenden.

PERSONALIEN

GUSTAV HEINEMANN, Bundesjustizminister, war ein prominenter, aber meist unerkannter Zuhörer des "Appells zur Vernunft", einer von Günter Grass initiierten Kundgebung in der TU am letzten Mittwoch (siehe Seite 7: Rede von Professor Kade). Heinemann blieb außerhalb des Auditoriums Maximum in der Vorhalle. Versuche der Veranstalter, ihn aufzuspüren und zur Diskussion einzuladen, scheiterten. Ebenso vergeblich war der Versuch des prominentesten Justizopfers Westberlins, Fritz Teufel, dem Minister eine Mao-Bibel zu verkaufen. Dafür legte Teufel-Freundin, Antje Krüger, Günter Grass während seiner Rede ein rotes Buch auf das Manuskript. Diskussionsleiter Manfred Rexin: "Es hat sich hier ein Mao-Buch angefundenes; der Verlierer möchte es sich bitte bei Herrn Grass abholen." Grass durfte Mao behalten.

OTTO REIMER, SFB-Kommentator, gab am 5. März bei einer Versammlung der Abteilung VIII der SPD (Charlottenburg) seine Meinung über den 2. Juni und die Linken zum Besten: "Die haben doch ihren Horst Wessel schon wieder!" Auf den Zuruf, wie das gemeint sei, gab Reimer Auskunft: "Das liegt doch auf der Hand."

EXTRA - Dienst Nummer 20/II hat eine verbreitete Auflage von 3 500 Exemplaren

WEGEN VIETNAM: AUCH MEHR DEUTSCHE WEHRDIENSTVERWEIGERER

Eine unerwartet hohe Zunahme der Wehrdienstverweigerer meldet das Bundesarbeitsministerium. Die Gründe für diese Entwicklung, so wird aus dem Ministerium bekannt, lägen offenkundig in der "Unruhe über den Vietnamkrieg" und in der "allgemeinen oppositionellen Stimmung unter der Jugend". Auffallend sei auch, daß 1967 die Anträge bereits eingezogener Soldaten annähernd so hoch gewesen sei wie in allen Jahren seit Einführung der Wehrdienstpflicht.

WERBEMETHODEN: WIE GROSSE ZEITUNGEN GRÖßER WERDEN

Einblick in die Werbemethoden der großen Zeitungskonzerne gab auf der letzten Sitzung der Pressekommission der Verleger der "Lüdenscheider Nachrichten", Ehmer. Die "Westdeutsche Allgemeine Zeitung" (WAZ), mit 550 000 Exemplaren die größte westdeutsche Tageszeitung nach Springers "Bild", betreibe seit sechs Jahren "Wettbewerb mit Dumpingpreisen". Auf diese Weise habe die WAZ die Rentabilität der kleinen und mittleren Zeitungen im Ruhrgebiet ständig geschwächt und setze nun - seit einem Jahr - zum Großangriff an. Offenbar um die "Velberter Zeitung" (15000) und den Hattinger "Ruhranzeiger" (20 000) zu schlucken, biete man 10-Wochen-Abonnements zu DM 2,50 an und veranstalte sogenannte Preisausschreiben, bei denen die Nichtgewinner ein Jahresabonnement der WAZ erhalten. Für eine Werbung für die WAZ erhalte man einen Atlas und einen Leuchtglobus, für zwei Werbungen schon ein Fahrrad.

BUNDESJUGENDRING: US-ZERBOMBUNG NORDVIETNAMS EINSTELLEN

Der Deutsche Bundesjugendring, der Zusammenschluß der westdeutschen Jugendverbände, will sich an den IX. Weltjugendfestspielen in Sofia beteiligen. Die Jugendspiele sollten ursprünglich in Algier stattfinden, wurden aber wegen der turbulenten Ereignisse um den Sturz des algerischen Staatschefs Ben Bella im Frühjahr 1965 verschoben und nach Sofia vergeben. Bisher hatte sich der Bundesjugendring von den Weltjugendfestspielen, die zuletzt in Helsinki stattfanden, stets als "kommunistische Propagandaschau" abgetan und ein Mitwirken abgelehnt. Ein "Arbeitskreis Festival" mit Sitz in Offenbach hatte jeweils eine Delegation zusammengestellt, der non-konformistische Gruppen angehörten. Der Geschäftsführende Ausschuß des Bundesjugendrings hat eine einstimmig verabschiedete Erklärung vorgelegt, in der es u. a. heißt:

"Der Deutsche Bundesjugendring als Zusammenschluß der großen demokratischen Jugendverbände und aller Landesjugendringe der Bundesrepublik Deutschland mit ca. 7 Millionen Mitgliedern will zu den IX. Weltfestspielen zusammen mit den deutschen Jungsozialisten als größter parteipolitischer Jugendorganisation eine repräsentative Delegation entsenden". Der DBJR begrüßt, daß die IX. Weltfestspiele jungen Menschen unterschiedlichen Glaubens und unterschiedlicher Weltanschauung, Nationalität und Rasse eine Möglichkeit geben, über die brennendsten Probleme der Zeit zu diskutieren. Weiter heißt es: 'Wir hoffen, daß dieses Treffen dazu beitragen wird, bestehende Vorurteile abzubauen und dem Frieden in der Welt näherzukommen. Eine wesentliche Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden ist die Beseitigung von Analphabetentum, Hunger und Armut in der Welt.' Betont wird das Recht aller Menschen auf Bildung, Arbeit, Freiheit der Meinung, des Glaubens und der Kultur. Wenngleich fast alle Staaten der Erde die allgemeine Erklärung der Menschenrechte unterschrieben hätten, sei es bis heute nicht gelungen, die Menschheit vor Krieg und Massenmord zu bewahren. Weiter heißt es, 'Tag für Tag wird dies durch den Krieg in Vietnam der Weltöffentlichkeit vor Augen geführt. Ebenso brutal aber - jedoch von der Weltöffentlichkeit kaum beachtet - wurden z. B. über 500 000 Kommunisten und Chinesen in Indonesien, 500 000 Afrikaner im Sudan und wenigstens 30 000 Ibos in Nigeria ermordet. Wir verurteilen jeden kriegerischen Angriff und jeden Mord. Wir fordern die sofortige Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam durch die Amerikaner, die unverzügliche Beendigung aller Kriegshandlungen und die sofortige Aufnahme von Friedensverhandlungen aller Beteiligten, um dem vietnamesischen Volk den langersehnten Frieden und das Selbstbestimmungsrecht zu geben.

Unsere Solidarität gilt dem leidenden Volk von Vietnam. Deshalb setzen wir uns ein für eine humanitäre Hilfe für die Opfer dieses grausamen Krieges und rufen die Jugend der Bundesrepublik Deutschland zu einer Spendenaktion auf'. Diese Spenden sollen für eine Polyklinik in Nordvietnam und ein buddhistisches Waisenhaus in Südvietnam verwendet werden. Der DBJR erklärt sich solidarisch mit allen jungen Menschen in der ganzen Welt, die gegen Kolonialismus und Neonazismus, für Demokratie und Selbstbestimmung, nationale Befreiung und Unabhängigkeit kämpfen. Weiter heißt es, 'wir treten ein für eine europäische Friedensordnung, für normale Beziehungen zwischen allen Staaten, für jeglichen Gewaltverzicht sowie für eine allgemeine totale und kontrollierte Abrüstung. Wir ziehen aus der Vergangenheit die Lehren und wenden uns entschieden gegen jedes Wiederaufleben militaristischer, nationalistischer oder totalitärer Tendenzen.

Wir wollen uns im Sinne dieser Erklärung an den IX. Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Sofia beteiligen, um dort unsere Auffassung im Geist der Zielsetzung für Solidarität, Frieden und Freundschaft zu diskutieren.'

In Frankfurt fand erstmals eine Konsultation zwischen Vertretern des Deutschen Bundesjugendringes und dem Arbeitskreis Festival statt. Der Bundesjugendring war durch seinen Vorsitzenden Klaus Flegel (Vorsitzenden der Falken), Eduard Prosch (Bundesjugendleiter der DAG-Jugend), Dr. Wolfgang Reifenberg (Bundesführer der Katholischen Jugend), Kurt Sprenger (Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend), Reinhard Walter (Hauptgeschäftsführer des CVJM) und Hanspeter Weber (Geschäftsführer des DBJR) vertreten. Außerdem nahm Ernst Eichengrün (Bundessekretär der Jungsozialisten) teil. Für den Arbeitskreis Festival waren anwesend Erwin Loßmann (Jungdemokraten), Pfarrer Herbert Mochalski, Karlheinz Schröder (Verleger des Jugendmagazins 'Elan'), Helmut Strizek (LSD), Karl-Dietrich Wolff (Bundesvorsitzender des SDS).

Die Gesprächspartner vereinbarten für den 18. März ein neues Gespräch zwischen Vertretern des Internationalen Komitees für die IX. Weltfestspiele, dem Deutschen Bundesjugendring und dem Arbeitskreis Festival.

HINWEISE DER REDAKTION

SEINE OSTDEUTSCHE PREMIERE hat "Der junge Lord", die Modernst-Oper des westdeutschen Komponisten Hans Werner Henze, am 26. März in der Ostberliner Komischen Oper.

ZUM ERSTENMAL AUF PLATTE ist das Reichskabarett mit seinem Programm "Hab Bildung im Herzen" zu hören. 15 Nummern des Programms sind auf einer Langspielplatte, die beim Reichskabarett und den bekannten Buchhandlungen zu haben ist.

MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

SONNABEND, 9. März, 20 Uhr: "Bericht aus Cuba". Clubmitglied Roland H. Wiegenstein, zusammen mit Enzensberger auf dem Kulturkongreß in Havana, berichtet über seine Eindrücke.

MONTAG, 11. März, 20 Uhr: Im RC debattieren der Abgeordnete Oxford und andere Vertreter der FDP über "Besteht noch eine politische Basis zwischen den etablierten Parteien und der APO?"

DONNERSTAG, 14. März, 20 Uhr: Der marxistisch orientierte Psychoanalytiker Dr. Hans Kilian, Gründungsmitglied der Humanistischen Union, spricht und diskutiert im RC über "Die Kulturrevolution des Westens". Hierzu sind auch Nicht-Clubmitglieder eingeladen.

FREITAG, 15. März, 20 Uhr: Im "Clubgespräch" legt der RC-Arbeitskreis "Westberliner Wirtschaft und Sozialpolitik" seine Arbeitsergebnisse vor.

ZITAT DER WOCHE

"Ein Bauern-Dutschke müßte her!" (Diplom-Landwirt Eberhard Fasching aus Rottenbach in einem Artikel in der AUD-Zeitschrift "Die Unabhängigen".)

LÜBKE: VERTRAUENSMANN DER GESTAPO ?

Während der letzten "Frühschoppen"-Sendung erklärte "Stern"-Chefredakteur Henri Nannen, daß neue Dokumente vorliegen, die Lübkes Tätigkeit für die Geheime Staatspolizei beweisen sollen. Insbesondere bezog er sich dabei auf ein Originaldokument der Gestapo-Leitstelle Stettin (L.II). Darin wird Lübke dem Geheimen Polizei Kommando (GPK) in Swinemünde als "vertrauenswürdig" empfohlen. EXTRA-Dienst wird in der nächsten Ausgabe weitere, bisher kaum bekannte Dokumente und Aussagen bringen.

L.II. E 1 -

Stettin, den 18.1940.

1.) ~~L.II~~

2.) v. zur Kenntnis vorgelegt.

3.) Kanzlei zur Erledigung der Verfügung auf Blatt 3 Rückseite.

4.) Wahl bei II E 1 -

Abtlg. II E 1 - 5538/39 , 3958/40
und 3961/40.

Stettin, den 19.1940.

1.) Vermerk: Auf Anordnung des Leiters in der Dienstbesprechung der Dienststellenleiter am 22.8.40 ist für die Zukunft für die Bearbeitung und Überwachung des Arbeitseinsatzes in Peenemünde und Carlshagen das GPK in Swinemünde zuständig. GPK Swinemünde wurde über alle gehaltenen Besprechungen und Unterredungen mit den zuständigen Behörden unterrichtet, und in Kenntnis gesetzt, dass in der weiteren Bearbeitung des Vorgangs besonders auf die Herren M a h s und L ü b k e zurückgegriffen werden kann. Beide haben sich als vertrauenswürdig erwiesen.

Der Sachbearbeiter der hiesigen Dienststelle für Peenemünde - K.O.Ass. - ^{Hitz} hat Kenntnis, dass hier ein Vorgang vorliegt.

Der Vorgang selbst ist für die weitere Bearbeitung bedeutungslos und wird daher nicht mehr benötigt.

//

2.) Registratur zur Zusammensetzung obiger Tgb. Nummern.

3.) Zu den Akten bei Registr. II weglegen.

I. A.

pl. 11
R.
279.

PROF. KADE: DIE AUF KRITISCHE VERNUNFT VERZICHTEN, STEHEN RECHTS

Am Mittwochabend fand im Auditorium maximum der Technischen Universität eine Kundgebung unter dem Motto "Appell zur Vernunft" statt. EXTRA-Dienst dokumentiert das Referat des Wirtschaftswissenschaftlers Professor Gerhard Kade, das sich sowohl durch rhetorische Klarheit als auch durch wissenschaftliche Gründlichkeit auszeichnet.

"Wer sich hier und heute einem 'Appell zur Vernunft' anschließt, kann seinen Beitrag nicht so verstehen wie diejenigen, die in den letzten Wochen immer wieder zu Ruhe und Ordnung aufgerufen haben. Kein unverbindlicher Beschwichtigungsversuch also ist es, wenn man hier dafür eintritt, daß die politisch-gesellschaftliche Diskussion aus jenem Niemandsland heraustreten möchte, dessen Grenzsteine Dogmatismus und Rationalitätsverzicht sind.

Es darf auch kein liberales Alibi sein, zu dem wir uns heute hier zusammengefunden haben; sonst mag es geschehen, daß uns am Ende dieser Veranstaltung - so wie das damals dem Kollegen Adorno widerfuhr - der Teddybär überreicht wird oder ein Luftballon oder eine Käte-Kruse-Puppe.

Ein 'Appell zur Vernunft' muß Stellung beziehen, und in diesem Sinne muß er radikal sein, weil er nach den Wurzeln des gegenwärtigen Übels fragt. Nur wenn diese Bereitschaft besteht, wird es gelingen, jene allzu bekannten Erscheinungsformen der Widervernunft nur als Symptom zu sehen - Symptome eines geistigen Klimas, dessen Verteidiger schon aus bloßem Selbsterhaltungstrieb an seiner Fortdauer interessiert sind.

Wo also die Sache der Vernunft verhandelt wird, ist Radikalität geboten, radikales Fragen und Infragestellen, aber eben auch die Bereitschaft, selbst die eigene Position in Frage stellen zu lassen. Und gerade diese Voraussetzung scheint mir problematisch zu sein in dieser Stadt und in dem Staat, dem wir zugehören.

Führt man nämlich alles das, was in den letzten paar Jahren an Unbehagen sichtbar wurde, was häufig ungeachtet der konkreten Erscheinungsform pauschal als Studentenunruhen und als Aktivität einer radikalen Minderheit disqualifiziert wurde, führt man alles das also auf seinen Kern zurück, so war es stets die Auflehnung gegen die bequeme Irrationalität, die sich hinter leeren Schlagworten verbirgt, die nicht bereit ist, die Widersprüche dieser Gesellschaft zu diskutieren und zu verarbeiten, und die 'freiheitlich demokratische Grundordnung' allein schon dadurch gesichert sah, daß häufig genug von ihr gesprochen wurde.

Der konkrete Anlaß für diesen 'Appell zur Vernunft', die Ereignisse der letzten Wochen, muß als Höhepunkt - wenn auch sicher nicht der letzte - einer Entwicklung gesehen werden, die unter den besonderen Bedingungen dieser Stadt abgelaufen ist; er hat gezeigt, welche 'handgreiflichen' Folgen ein konsequenter Verzicht auf Aufklärung und die mangelnde Bereitschaft zu einer offenen Gesellschaft haben kann.

Es reicht nun aber nicht aus, auf das Demonstrationsrecht und damit auf die Rechtmäßigkeit einer Veranstaltung hinzuweisen, die einem Kongreß gegen den Krieg und Völkermord in Vietnam eine Protestdemonstration folgen ließ; es genügt auch nicht, daran zu erinnern, daß Ausschreitungen hier, wie bei anderen Veranstaltungen ähnlicher Art, nicht von den Demonstranten ausgingen; es reicht auch nicht, wenn man auf den Versuch des Demonstrationsverbotes hinweist, auf die anschließende Urteils- und Gesetzesschelte derjenigen, die sich mit einem Anerkennung fordernden Werturteil stets als die politische Führung dieser Stadt etikettieren; und es ist auch nicht erforderlich, auf die fragwürdigen Umstände hinzuweisen, unter denen eine Gegenkundgebung zustande gekommen ist, auf die wirklich bedenklichen Formen, unter denen sie abgelaufen ist bis zu den künstlich hochgekitzelten Teilnehmerzahlen.

Alles das ist in der letzten Woche angeprangert worden, wenn auch nur vereinzelt und ohne große Wirkung für diejenigen, deren Denkvermögen durch Springer-Zeitungen allmorgendlich erneut eingeschränkt wird und deren Reaktionsschemata durch die politische Verkündigung und Aktion in dieser Stadt zusätzlich dezimiert wird.

Die politische Meinungsbildung und die Formen der öffentlichen Auseinandersetzung über politische Fragen sind seit zwei Jahrzehnten in einem Ausmaß provinzialisiert worden, daß die Ausschreitungen, die anlässlich der studentischen Protestbewegungen sichtbar wurden, zwar schrecken, jedoch kaum verwundern.

Dieser Stadt Berlin ist in dem zwanzigjährigen Restaurationsprozeß, den die Bundesrepublik durchgemacht hat, die eigenartige Rolle des Mythenträgers zugefallen. Als künftige Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands, als Schaufenster des Westens, als Bollwerk der freiheitlichen Welt, usw. hatte Berlin Funktionen zu übernehmen, die der Entwicklung einer rationalen Diskussion gesellschaftlicher und politischer Probleme in höchstem Maße abträglich waren. Wo an die Stelle realpolitischer Entscheidungsalternativen Glaubenssätze traten, die dem Bürger dieser Stadt im Bekennerjargon mit Aufforderungscharakter übermittelt wurden, mußte sein politisch-gesellschaftliches Bewußtsein verkümmern, die Modelle seiner politischen Orientierung mußten immer undifferenzierter werden, seine Reaktion auf eine Kritik an diesen Zuständen immer militanter und unreflektierter.

So war die Bevölkerung dieser Stadt, deren Altersstruktur schon Grund dafür ist, daß die Vertreter des Irrationalismus das leichte Spiel hatten, sehr schnell davon zu überzeugen, daß hier in Westberlin die 'Werte der westlichen Welt' verteidigt werden, daß die gesellschaftliche Entwicklung auf dem Hintergrund eines leicht überschaubaren politischen Freund-Feind-Verhältnisses ablaufen würde und daß diese Ordnung gegen ihre Kritiker verteidigt werden müsse. 'Berlin liegt nun mal da, wo es liegt, und das können und wollen wir nicht ändern' ist dann die Kurzformel für eine gegen jede Kritik abgeschirmte politische Dogmatik.

Was man zu geben bereit ist, ist eine unverbindliche Zusage zu einer Diskussion über Reformen, die allerdings auf dem Boden unserer Ordnung zu geschehen hat. Was dann aber diese Ordnung ist und auch was noch Reformen sind, darüber entscheiden die Herrschenden, um sich auf diese Weise gegen jede Kritik immun zu machen. Die Strategien, die einer solchen Immunisierung zuträglich sind, verlangen aber eben gerade das geistige Klima, das man seit Jahren bereit war hervorzubringen:

1. Wer Kritik übt, die geeignet ist, die gegebenen Herrschaftsverhältnisse in Frage zu stellen, stört unsere Ordnung, ist Pinscher, Miesmacher, Nestbeschmutzer oder zersetzender Intellektueller. 'Wir lassen uns unser Berlin nicht kaputtmachen'.
2. Wer etwa zu äußeren Formen der Kritik greift, die die Aufmerksamkeit breiter Schichten auf sich ziehen könnte, nur weil anders keine Reaktionen mehr im Dunstschleier einer gläubigen Gefolgschaft zu erzielen sind, verletzt den guten Geschmack, Anstand und Sitte und ist am zweckmäßigsten durch Hinweis auf Bart, Langhaarigkeit oder Kleidungsgehnheiten zu diffamieren: 'Ihr müßt diese Typen sehen, ihr müßt ihnen genau ins Gesicht sehen. Dann wißt ihr, denen geht es nur darum, unsere freiheitliche Grundordnung zu zerstören.' Daß sich das dann leicht in Aktion umsetzen läßt, haben diejenigen Teilnehmer der 'Freiheitskundgebung' erfahren müssen, die nur zufällig ein ähnliches modisches Empfinden haben wie die Ersatzjuden dieser Stadt.
3. Für diejenigen, denen solche Zuordnung von Barttracht und Gesinnung vielleicht doch noch zu vordergründig ist, hat man dann die seit langem liebgewonnene Entlastungsformel parat: der Osten, die Kommunisten, geht doch nach drüben, wenn es euch hier nicht paßt etc. Damit ist auch gleich alles das erledigt, was ein großer Teil der Studentenschaft heute nach zwanzig Jahren eines primitiven und unreflektierten Antikommunismus, der schon zur Zeit seiner Entstehung fast ebenso fragwürdig war wie heute, für sich entdeckt haben: die kritische Gesellschafts- und Wirtschaftsanalyse, die auch den Marxismus als einen methodischen Ansatz gelten läßt.

Damit sind die Reaktionsschemata der Herrschenden und ihrer gläubigen Untertanen eindeutig jenseits aller rationalen Modelle von Weltorientierung und Lebensbewältigung fixiert. Wer anders ist als wir, wer bereit ist, über eine Kritik an Symptomen, gegen die man seit langem immun ist, hinaus etwa Kritik an dem System zu üben, stört, darf verprügelt werden, zur Emigration aufgefordert werden, und zwar von einer aufgeputzten Masse, die längst verlernt hat, daß der Kopf auch noch eine andere Funktion hat als die, beide Ohren auseinanderzuhalten. 'Dutschke raus aus Westberlin'. 'Tausche zehn Stu-

dentem gegen einen kleinen Flüchtling.' 'Dutschke Volksfeind Nr. 1.' Stellt sich das subjektive Rechtsbewußtsein der Herrschenden bei 50 000 Jubel-Berlinern (die es bei Berücksichtigung der Angaben des Katasteramtes waren) nicht ein, so wird die Zahl entsprechend verdoppelt oder verdreifacht: die größere Zahl ersetzt das Denken; die Akklamation kommt von denen, die man im Verein mit Springer für solche Veranstaltungen manipuliert hat, sicher häufiger durch Unterlassungen als durch bewußte Aufhetzung. Welche Chancen hat nun aber eine Politik der Vernunftzerstörung auf lange Sicht? Zunächst müssen diejenigen, die sich vorschnell der Gunst der Masse vergewissert haben, sich klar machen, womit sie diese Reaktion gegen die unbequemen Kritiker erkaufte haben, und welche Konsequenzen das für diese Stadt und die politischen Verhältnisse in ihr hat. Es ist sicher schwierig, den als Alibi liebgewonnenen Erzfeind von links aufzugeben und einzusehen, daß eine auf Rationalitätsverzicht und emotionell abgesicherten Aha-Erlebnissen ruhende Politik den Boden fruchtbar werden läßt für ein Wiederaufleben faschistischer, nationalistischer und völkischer Weltanschauungsparteien, denen eine Zerstörung der Vernunft schon immer zugute kam.

Es wird höchste Zeit, daran zu erinnern, daß es der studentischen Protestbewegung oder auch der außerparlamentarischen Opposition im weiteren Sinne um Aufklärung, um kritische Vernunft und damit um die Beteiligung breiterer Schichten an der politisch-gesellschaftlichen Willensbildung geht. Hier trifft eben der in der Auseinandersetzung zwischen Bevölkerung und Studentenschaft häufig vernommene Hinweis 'die sollen lieber studieren' vollständig ins Leere. Diese Studenten studieren gerade mehr als das in unserem augenblicklichen Bildungssystem verlangt wird, einem System, das den Spezialisten für den ökonomischen Reproduktionsprozeß ausbildet und Rationalität nur soweit für nötig hält als die technisch-ökonomischen Bedingungen dieses Reproduktionsprozesses infrage stehen. Diese Jugend, die sich kritisch mit Vergangenheit und Gegenwart dieses Staates auseinandergesetzt hat, kann es sich nicht leisten, weitere 20 Jahre Restauration und Versäumnis der Demokratisierung mitanzusehen und sich von denjenigen, die dieses Versäumnis zu verantworten haben, die Formen ihrer Kritik vorschreiben zu lassen.

Mit der Ausweitung der kritischen Vernunft auf Staat und Gesellschaft werden erst die Voraussetzungen für eine Demokratisierung dieser Gesellschaft geschaffen. Und es braucht nach Jahrhunderten der historischen Erfahrung nicht wunderzunehmen, wenn diese Aufklärung bis zur Kritik am System vorzudringen bereit ist; diese Erfahrung zeigt doch gerade, daß die ökonomischen Bedingungen des Kapitalismus nicht gerade auch die bestmöglichen Voraussetzungen für die Demokratisierung der Gesellschaft sind.

Seit Herbst letzten Jahres wird wieder verstärkt über die Lebensfähigkeit dieser Stadt diskutiert. Auch die außerparlamentarische Opposition hat ihr Interesse hieran bewiesen. Daß diese Diskussionen bisher noch keine Früchte gezeigt haben, ist zum großen Teil eine Folge des Klimas, in dem die Fragen gestellt werden. Sieht man von der albernen Exkulpation ab, die der studentischen Protestbewegung die Schuld für das mangelnde Interesse der westdeutschen Unternehmerschaft in die Schuhe schieben will, so blieben Appelle in Westdeutschland und im westlichen Ausland, die unter dem Titel "Berliner Wirtschaft ist deutsche Politik" vorgetragen werden, während die Verantwortlichen darum bemüht sind, die 'Berliner Wirtschaft als im Kern gesund' zu bezeichnen; es bleiben Versuche, Westberlin zum Zentrum von Wissenschaft und Forschung zu machen, mit Steuerpräferenzen und Investitionshilfen die westdeutschen Unternehmer und Arbeiter zur Einwanderung und Investition zu animieren, und es bleibt die Ankündigung, daß man gerade Forschungs- und Entwicklungsabteilungen der westdeutschen Großkonzerne nach Berlin holen wolle. Aber alles das funktioniert nicht, wie man weiß. Und es funktioniert ebendeshalb nicht, weil es auf Grund intensiver Bemühungen gelungen ist - neuerlich immer stärker durch die unheilige Allianz von Senat und Springer-Presse -, das geistige Klima in dieser Stadt veröden zu lassen. Der weltoffene Charakter Berlins, der diese Stadt zu einem Zentrum geistiger Auseinandersetzungen, industrieller Aktivität und zum Mittelpunkt von Wissenschaft und Forschung machte, ist seit langem passé, und Hauptstadatmosphäre kehrt auch nicht zurück durch kostspielige und politisch nutzlose, wenn nicht schädliche Sitzungen von Bundestagsausschüssen in dieser Stadt. Wenn diese Atmosphäre zurückkehren soll, dann verlangt das die Bereitschaft zu einem Modell einer

demokratischen Gesellschaft, zu dem die studentische Protestbewegung ihren Beitrag zu liefern sich anschickt. Erst als Folge hiervon werden sich auch die ökonomischen Voraussetzungen eines lebensfähigen Gemeinwesens einstellen. Geht die Zerstörung der Vernunft unter den Formen einer undemokratischen Herrschaft und mit den Mitteln einer politisch-gesellschaftlich verdummten Mehrheit der Bevölkerung weiter, so wird die oft gepriesene 'Berliner Luft' bald zum 'provinziellen Mief', in dem sich nur diejenigen noch wohlfühlen, die den Verzicht auf kritische Vernunft für ihre dunklen Manipulationen unbedingt brauchen. Die aber stehen - in der gewohnten Terminologie - rechts."

WITZ DER WOCHE

"Die Deutschen standen also in Grenoble auf dem ersten Platz." Das errechnete das NPD-Blatt "Deutsche Nachrichten". Die Zeitung: "Nationenwertung? Voila, hier ist sie." Die "Deutschen" gewannen nach den "Deutschen Nachrichten" 7 Gold-, 9 Silber- und 11 Bronzemedailles bei den Olympischen Winterspielen. Auf diese Summe kam man, indem man west- und ostdeutsche Medaillengewinner, solche aus der Schweiz, aus Österreich und aus Südtirol (Italien) zusammenzählte.

===== anzeige =====

BÜCHERSTUBE IM REPUBLIKANISCHEN CLUB

Die Bücherstube im Republikanischen Club beschafft Ihnen jedes lieferbare Buch. Kreuzen Sie Titel aus unserem Büchertip an und senden ihn ein. Besuchen Sie uns. Oder rufen Sie uns an (täglich außer Dienstag zwischen 18 und 22 Uhr). Bestellungen werden binnen weniger Tage ausgeführt - auch bei Titeln aus der DDR.

UNSER BÜCHERTIP FÜR DIESE WOCHE:

- () Braunbuch - Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik, Berlin/DDR, 387 Seiten, DM 4. 80.
- () Graubuch - Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland, Berlin/DDR, 461 Seiten, DM 5. 60
- () Schäfer/Nedelmann: Der CDU-Staat, München, 354 Seiten, DM 18. 00
- () Agnoli/Brückner: Die Transformation der Demokratie, Westberlin, 194 Seiten, DM 16. 80
- () Das Argument, Nr. 45: Dritte Welt und Opposition im Spätkapitalismus, Karlsruhe, Seite 349 - 516, DM 6. 00
- () Imperialismus heute, Berlin/DDR, 823 Seiten, DM 10. 80
- () Oktoberland, Russische Lyrik der Revolution, Berlin/DDR, DM 9. 40 (nicht, wie in EXTRA-Dienst 8/II irrtümlich angegeben, DM 49. 00).

Unsere Adresse: Bücherstube im Republikanischen Club, 1 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 883 40 76

===== bestellschein =====

Ich bestelle den Berliner EXTRA-Dienst ab 1968 bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5. 00 (Auslandsabonnement: DM 6. 00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10. 00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:

WOHNORT: ()

STRASSE:

DATUM: UNTERSCHRIFT: